

<b>Landeshauptstadt Magdeburg</b> - Die Oberbürgermeisterin -		Datum 06.10.2022
Dezernat V	Amt Amt 53	<b>Öffentlichkeitsstatus</b> öffentlich

**INFORMATION**

**I0258/22**

Beratung	Tag	Behandlung
Die Oberbürgermeisterin	18.10.2022	nicht öffentlich
Gesundheits- und Sozialausschuss	09.11.2022	öffentlich

Thema: Vorkehrungen des Gesundheitsamtes

Die Bevölkerung Magdeburgs und alle Bereiche des gesellschaftlichen und öffentlichen Lebens haben sich auf einen erneuten Anstieg von Infektionen mit dem Coronavirus einzustellen. Gleichzeitig müssen wir von einer deutlich besseren Immunisierung der Menschen in der Stadt ausgehen, die durch Impfungen oder eigene Infektionen hervorgerufen wurde.

Sollte sich die Zahl der schweren und damit krankenhauspflchtigen Infektionen so verhalten, wie wir es gegenwärtig erleben, wird es keine tiefgreifenden Einschränkungen des gesellschaftlichen Lebens geben. Die Bedeutung der Inzidenz wird in den Hintergrund treten zugunsten der Einschätzung der Lage der vulnerablen Gruppen und der Krankenhausbelegung.

Von besonderer Bedeutung wird hier die Auslastung der Intensivstationen sein. In diesem Szenario sehen wir auch keine besonderen Vorbereitungspflichten für die Landeshauptstadt Magdeburg.

Inwieweit sich Kindertageseinrichtungen, Schulen, Einrichtungen des Gesundheitswesens, oder der Altenhilfe auf eine besondere Coronasituation vorbereiten, obliegt den Trägern dieser Einrichtungen und natürlich auch der dann gültigen Rechtsgrundlage. Hier werden maßgeblich das Infektionsschutzgesetz, die jeweils aktuelle Eindämmungsverordnung des Landes und auch Empfehlungen des RKI eine Rolle spielen.

Die zurzeit vorherrschende Strategie der Prävention von Infektionen baut überwiegend auf das Tragen von Masken und auf Eigenverantwortung der Bürgerinnen und Bürger auf.

Auch aus unserer Sicht sind weitergehende Einschränkungen derzeit nicht notwendig. Zusätzlich müssen wir in jede unserer Betrachtungen auch die Steuerungsfähigkeit der Gesellschaft einbeziehen. Die Vielzahl der derzeit vorherrschenden Problemlagen (Krieg in der Ukraine, Teuerungsrate und Energiepreise) bewirkt eine Absenkung der Toleranzschwelle für Restriktionen jeglicher Art.

Sollten wir Virusmutationen bekommen, die eine Vielzahl von schwersten Erkrankungen und eine deutlich gestiegene Sterberate hervorrufen, werden andere Regeln gelten müssen. Diese Situation hätte aus unserer Sicht eine Katastrophenlage zur Folge, wo wir es wieder mit massiven Kontaktbeschränkungen, Verboten und enormer psychischer und wirtschaftlicher Belastung zu tun haben.

Eine Vorbereitung auf diese Situation ist schlichtweg nicht möglich, weil dann die Katastrophenschutzpläne auf allen Ebenen aktiviert werden müssten. Die Arbeit im Gesundheits- und Veterinäramt würde dann durch einen massiven Zuwachs an Personal aus der städtischen Verwaltung aufrechterhalten werden können.

Dr. Arnold